

Dresdner Volkszeitung

Pollichoffonto: Leipzig.
Radu & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Knobloch, Dresden.

Preispreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4,50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn monatlich 5,75 M., Einzelnummer 20 Pf., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Reichsdruckerei von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 spaltenweise Komposition 1,80 M., Familienanzeigen 1,30 M., die 5 spaltenweise Komposition 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefmarkenlegung 20 Pf.

Nr. 83

Dresden, Montag den 12. April 1920

31. Jahrg.

Die steigende Mark

Das Steigen der Mark dauert erfreulicherweise an. Am Sonnabend wurden in Zürich für 100 Mark 10 Frank bezahlt. Das ist sicher noch nicht viel, wenn man bedenkt, daß im Frieden für 100 Mark etwa 123 Schweizer Frank gezahlt werden mußten. Gemessen an dem Friedenskurs ist die Mark auch jetzt noch nicht einmal 10 Pf. wert. Trotzdem ist das Steigen des Markkurses von der größten Bedeutung für unsere Volkswirtschaft. Ist doch im Laufe der letzten Wochen die Mark gegenüber ihrem tiefsten Stand im Januar beinahe auf das Doppelte gestiegen. Das bedeutet, daß wir alle Waren, die wir aus dem Ausland einführen, bedeutend billiger bekommen als bisher. Freilich hat dieses Steigen der Mark auch seine Nachteile. Viele Kaufleute und Industrielle, die ausländische Fertigwaren oder Rohstoffe zu teuren Preisen eingekauft haben, sind auf das Schwerkste bedroht. Geht das Steigen der Mark weiter, so wird wohl manche Existenz der Gebirg untrier Valuta zum Opfer fallen. Schwer gefährdet dürfte zum Beispiel die Schuh- und Lederindustrie sein, die Helle und Leder zu ungeheuren, dem früheren Valutastand entsprechenden Preisen eingekauft hat. Bei einer weiteren Besserung des Markkurses werden wir bald Schuhe aus Amerika billiger einführen können, als sie die deutschen Schuhfabriken bezusetzen vermögen.

Es sollte uns sehr wundern, wenn nicht bald lebhaftes Wehklagen aus den Kreisen der Betroffenen ertönt. So mancher, der früher recht eifrig nach der freien Wirtschaft geschrien hat, dürfte jetzt ein Haar in der Suppe gefunden haben. Die Annäherung an die Weltmarktpreise, die bei freier Wirtschaft unvermeidlich ist, ist für die Geschäftswelt sehr angenehm, solange die Valuta sinkt und die Preise steigen. Dann werden mühselos Millionen verdient, kommt die Sache aber einmal umgekehrt, dann treten auch entsprechende Verluste ein. Derselben Leute, die früher von einem Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben nichts wissen wollten, werden jetzt bald sehr laut fordern, daß ihnen nun der Staat aus der Not helfe, in die sie durch das Steigen der Mark geraten. Auch die Herren Agrarier mühten sich an den Ereignissen der letzten Wochen, wie gefährlich die Einführung der freien Wirtschaft gerade für die Landwirtschaft wäre. Ist zum Beispiel zur Zeit der Feldbestellung der Valutastand niedrig und muß der Landwirt sein Saatgut und seine Düngemittel zu entprechend hohen Preisen einkaufen, steigt aber dann bis zur Ernte die Valuta erheblich und sinken infolgedessen die Preise, so kann der Lohn vieler Landwirte die Folge sein. Die Landwirte haben daher ein starkes Interesse, daß die von einigen ihrer Führer geforderte Annäherung der deutschen Inlandspreise an die Weltmarktpreise nicht eintritt, solange wir mit starken Schwankungen unseres Geldwertes rechnen müssen. Selt die Aufwärtsbewegung der Mark an, so wart das deutsche Volk und das deutsche Reich viele Milliarden an, da wir ja jetzt große Mengen Rohstoffe aus dem Ausland einführen müssen. Der Tiefstand der Mark hat dazu geführt, daß uns eine Tonne ausländisches Getreide auf circa 10 000 Mark zu stehen kam. Bei dem jetzigen Stande der Valuta dürfte sich der Preis für eine Tonne schon um 3000-4000 Mark billiger stellen.

Es läßt sich natürlich jetzt schwer sagen, ob die Mark weiter steigen oder ob sie wieder sinken wird. Immerhin berechtigt die Tatsache zu guten Hoffnungen, daß sich das Steigen der Mark weiter hebt, obgleich im Augenblick die Zustände in Deutschland nicht gerade erfreulich sind. Das spricht dafür, daß tiefliegende Gründe für die Aufwärtsbewegung unseres Markkurses vorhanden sind. Die Deutsche Allgemeine Zeitung weist darauf hin, daß Vorgänge wie die Mehrarbeit in den Bergwerken und die auf der Leipziger Messe gezeigte Leistungsabgabe der Exportindustrie einen sehr günstigen Eindruck auf das Ausland gemacht hätten. Dazu käme dann noch, daß die Bemühungen des Reichsfinanzministeriums, das Loch im Westen des Reichs nicht ohne Erfolg geschlossen zu werden, auch im besetzten Gebiet seine jetzt die neuen Bestimmungen vom November vorigen Jahres in Kraft getreten, die die Aufsicht über den auswärtigen Handel in den besetzten Gebieten mit Gefängnis bestrafen. Ebenso seien im März noch und nach die deutschen Einfuhrverbote im besetzten Gebiet im deutschen Einfuhrverbot im besetzten Gebiet im Westen nicht ganz lückenlos sei. Die Deutsche Allgemeine Zeitung vermutet, daß das Steigen der deutschen Valuta noch nicht sein Ende erreicht haben werde, noch nicht sein Ende erreicht haben werde, noch nicht sein Ende erreicht haben werde.

Reichswehrangehörige und Verfassungstreue

Von der Staatskanzlei wird uns geschrieben: In der Presse sind Mitteilungen erschienen über Bestrafungen und Entlassungen der Reichswehr, die sich aus Anlaß des Kapp-Putsch für die verfassungsmäßige Regierung ereignet und dabei Verträge gegen Verleumdungen und Ehrenkränkungen begangen haben.

Diese Mitteilungen haben in der Reichswehr wie auch in der Bevölkerung Beunruhigung hervorgerufen und es wurde der Glaube erneuert, daß etwa belastete Offiziere bestraft werden könnten. Der Ministerpräsident hat sich wegen dieser Angelegenheit mit dem Wehrkreis-Kommando in Verbindung gesetzt. Das Wehrkreis-Kommando hat darauf folgende Zusicherung gegeben:

„Offiziere, deren Verhalten bei den letzten Unruhen nicht einwandfrei erscheint, sind zu beurlauben oder des Dienstes zu entheben. In gleicher Weise werden Unteroffiziere und Mannschaften, die sich aus Anlaß der letzten Unruhen irgendwelcher beschuldigen lassen, beurlauben oder des Dienstes entlassen, wenn sie nicht einen bis zur empfindlichen richterlichen Entscheidung genügt haben.“

Dadurch dürfte die oben erwähnte Beunruhigung gestoppt werden. Der Ministerpräsident befindet sich ferner in Besprechung mit dem Justizministerium über die Frage, wie Angehörige der Reichswehr, die in den Kappjahren aus Verfassungstreue formelle Verträge begangen haben, von der Strafverfolgung befreit werden können.

Bei dieser Gelegenheit sei noch einmal darauf verwiesen, daß Volkskameradschaft Genosse Caska von der kaiserlichen Regierung damit betraut wurde, allen Fällen nachzugehen, in denen Beamte oder Offiziere in den Kappjahren nicht genügend Verfassungstreue bewiesen haben. Wir haben darum das auf unsere Anruf hin bei der Dresdner Volkszeitung eingegangene Material an Genosse Caska weitergegeben.

An die Bevölkerung!

Die kaiserliche Regierung wendet sich mit folgenden Worten an die Bevölkerung des Reichslandes: Zur allgemeinen Beruhigung wird mitgeteilt, daß die Aufgabe der Truppen nun darin besteht, das Reichsland von den Gefahren zu befreien, in die ein Stütz der Bevölkerung gebracht hat.

Es gilt zu verhindern, daß die kaiserliche Regierung mit Verbrennung und Plünderung wahrnehmen kann.

Es gilt zu verhindern, daß die kaiserliche Regierung die Industrie völlig vernichtet und damit die kaiserliche Regierung für die arbeitende Bevölkerung verhaftet werden.

Nicht gegen die Arbeiter, sondern zu ihnen und aller Ruhe kommen die Angehörigen der Reichswehr ins Reichsland. Darum bitten wir, ihnen Vertrauen zu schenken und sie nach besten Kräften zu unterstützen.

Millerands Faustrechtspolitik

Paris, 10. April. (Korrespondenz.) In der von Frankreich der kaiserlichen Regierung übermittelten Note stellt die kaiserliche Regierung zunächst fest, daß über die Kohlenfrage ihre Politik wieder sehr stark eingestrichelt habe.

Man hat in letzter Zeit sehr viel davon geredet, daß Deutschland die wirtschaftliche Hilfe des Auslandes braucht. Das mag richtig sein, aber das Steigen der Valuta in den letzten Wochen zeigt doch auch, daß wir uns in sehr weitem Umfange selbst helfen können. Es braucht nicht zu sein, daß wir für ein Paar Jahre viele hundert Mark und für einen Anzug mehrere tausend Mark bezahlen müssen. Die Steigerung der Produktion und der Ausfuhr auf der einen Seite, die Fernhaltung aller irgendwie erheblichen Einfuhr auf der anderen Seite sind die Mittel, die wir haben, um zu verhindern, daß wir infolge eines zu tiefen Standes unseres Geldes für ausländische Waren so ungeheure Preise zahlen müssen wie in den letzten Wochen und Monaten.

Die Kapp-Revolution und das deutsche Wirtschaftsleben

Von unrichtiger Seite wird uns geschrieben: Von unrichtiger Seite wird uns geschrieben: Die Kapp-Revolution wurde von der wertvollen Bevölkerung mit dem Generalstreik, dem einzigen zur Verfügung stehenden Mittel, beantwortet. Zur Erzielung einer raschen und durchgreifenden Wirkung mußte dieser Generalstreik aufs strengste durchgeführt werden; er wurde dadurch zu einem äußerst kostspieligen Kampfmittel, denn er legte das gesamte Wirtschaftsleben in Stadt und Land fast still. Das politische Ziel wurde erreicht, die Kappen, wenn sie auch ganz ausschließlich auf das Schuldenkonto der Kapp-Revolution fallen, muß die ohnehin schon so arme Nation tragen.

Das bei länderlosen Durchführung des Generalstreiks konnte keine Dauer auf wenige Tage beschränkt werden. Die Umstände in es zugunsten, daß unsere empfindliche Vermögensverhältnisse

tion kein Zweifel bestehen kann. Die Alliierten sind von ihrer Politik stets verhandelt worden. Die französische Regierung hat immer erklärt, gegen den Einmarsch weiterer deutscher Truppen in das Ruhrgebiet zu sein und begehrt, daß die Gelände hierfür auf jeden Fall die militärische Besetzung von Frankfurt und Darmstadt zur Besetzung haben müßte.

Am 3. April informierte die französische Regierung ihre Vertreter in den alliierten Hauptstädten in diesem Sinne durch ein Telegramm, dessen Abschrift gleichzeitig den alliierten Wehrkreisen in Paris zugestellt wurde, worin Markhall nach die militärischen Maßnahmen präzis, die nunmehr weiter vertrieben nach anscheinbar werden könnten. Außerdem erinnert die französische Regierung daran, daß es sich um die Verletzung einer der festgesetzten Bestimmungen des Vertrages handelt und daß die deutsche Regierung selbst die Notwendigkeit einer formalen Bewilligung zur Aufhebung des Art. 43 und gleichzeitig das Recht der französischen Regierung, hierfür ein Gebietsmandat zu verlangen, anerkannt hat. Wie hätte die französische Regierung über das deutsche Verbrechen, die Reichswehr sofort nach Wiederherstellung der Ordnung zurückzuführen, in Zweifel sein können? Wiederholte Ordnung zurückzuführen, noch für die Auslieferung der Schuldigen, noch für die Kohle, noch für die Entlassung der Armee haben die Alliierten die durch den Verstoß gegen den Vertrag angedrohtem Strafen erhalten. Hat die kaiserliche Regierung die Befehle dieser Art befolgt? In welchem Augenblick glaubt sie auf dem Wege der Konvention zu bestehen zu dürfen? Auf jeden Fall ist Frankreich jetzt gezwungen zu sagen: Es ist genug! Es verlangt weiter nichts mehr, als dies zusammen mit den Alliierten zu erklären. Die französische Regierung ist nicht weniger als die englische Regierung von der unumgänglichen Notwendigkeit überzeugt, die Einhaltung der Alliierten in der Ausführung des Friedensvertrages aufrecht zu erhalten. Dieses enge Einverständnis zwischen Frankreich und England scheint ihr ebenfalls unerlässlich zu einer gerechten Lösung der großen Probleme, die sich gegenwärtig der Welt sowohl in Ostland und auf dem Balkan, wie in Kleinasien und im Islam stellen.

Die Note schließt mit der Versicherung, daß die französische Regierung auf Grund dieser Erwägungen sich völlig bereit erklärt, sich vor ihrem Handeln in allen internationalen Fragen, die die Ausführung des Friedensvertrages betreffen, die Zustimmung der Alliierten zu sichern.

Frankreich verpflichtet in dieser Note, künftig vor jedem Handeln die Zustimmung der Alliierten einzuholen, kann aber nicht leugnen, im Falle Frankfurt ganz auf eigene Faust gehandelt zu haben. Das jedoch verbiethet der gegenwärtige Stand des Völkervertrages auf das entschiedenste. Die Männer der französischen Regierung freilich können sich überhaupt immer noch nicht darauf einstellen, daß der Krieg mit seinen Folgen vorüber ist und der neue Völkerverbund seine Bewehrung der militärischen Allianz, sondern ein Instrument des Friedens darstellt. Wenn, was nicht bestritten werden kann, auf deutscher Seite die Ausführungen des Friedensvertrages mit Frankreich verbotenen Forderungen nicht Schritt halten, so liegt dieser Fehler nicht an unserm bösen Willen, sondern an den Verhältnissen, die stärker sind als jede Regierung. Frankreich wird, wenn es sich geschädigt glaubt, beim Völkerverbund vorstellig werden und von ihm Abhilfe fordern, nicht aber darf es eigenmächtig zur Eigenhilfe greifen, um durchzusetzen, was ihm sein Recht scheint. Es ist kein Zweifel, Frankreich hat gegen eine der Hauptbestimmungen der Völkerverbund verstoßen, und verfähre nun streng nach ihren Satzungen, so müßten jetzt die übrigen Garantien des Vertrages das widerstandsfähige Land zur Zurückziehung seiner Truppen und zum Erlaß jeden daraus entstehenden Schadens zwingen — im äußersten Falle sogar durch Abbrechen aller Beziehungen und feindliche Maßnahmen.

nicht zusammenbrach. Abgesehen von der Beschleunigung der Arbeitserleichterung und Fortschritt konnten die Nationen im allgemeinen durchgehalten werden. Die infolge des Putches und dem während des Streiks gefährlich gestunkenen Wirtschaftszustand haben sich nach allmählicher Wieder in effizienter Weise erholt; die Wirtschaftserleichterung ist für die allermeisten Zeit nicht gefährdet.

Die Kohlenfrage steht es um die Kohlenfrage. Die Kohlenfrage steht es um die Kohlenfrage. Die Kohlenfrage steht es um die Kohlenfrage. Die Kohlenfrage steht es um die Kohlenfrage.

Insofern Kredit im Ausland hat die Kapp-Revolution momentan überflüssig. Insofern Kredit im Ausland hat die Kapp-Revolution momentan überflüssig. Insofern Kredit im Ausland hat die Kapp-Revolution momentan überflüssig.

Am meisten wichtig ist die Kohlenfrage. Am meisten wichtig ist die Kohlenfrage. Am meisten wichtig ist die Kohlenfrage. Am meisten wichtig ist die Kohlenfrage.

Insofern Kredit im Ausland hat die Kapp-Revolution momentan überflüssig. Insofern Kredit im Ausland hat die Kapp-Revolution momentan überflüssig. Insofern Kredit im Ausland hat die Kapp-Revolution momentan überflüssig.

iffen
erft
Ball.
ig
nz.
194
L
11.
111
1917
crig
all.
1918
1919
1920